

Haushaltsplan der Stadt Herford – Haushalt der sozialen Grausamkeiten!
Linke Ratsfraktion kann das nicht mittragen

Die Verwaltung der Stadt Herford hat einen Entwurf für den Haushalt 2024 vorgelegt, in dem von Anfang an klar gestellt wird, dass man den so nicht verabschieden könne, da dann die Haushaltssicherung drohe. Wie von der Bundesregierung vorgemacht, sollen alle Dezernate Einsparvorschläge machen. Auf Bundesebene wurde an allem gespart, nur nicht an der Rüstung. In Herford soll an allem gespart werden, nur nicht an Leuchtturmprojekten.

Im Ergebnis enthält der Haushaltsplan der Stadt nun eine sog. Konsolidierungsliste, in der jedes Dezernat der Verwaltung 5% Einsparungen vorschlägt, damit die Stadt nicht insgesamt in die Haushaltssicherung gerät.

Dies ist eine Liste der Grausamkeiten, in der es z.B. bei den „Aufwendungen für Amtsmündel und Amtspfleglinge“ um kleinkrämerische 50 Euro geht.

Und auch bei der Datenbeschaffung für die Sozialplanung sollen lächerliche 2.000 € gekürzt werden.

Dabei ist vorausschauende Sozialplanung wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

So spart sich das gesamte Dezernat 3 (Bildung, Jugend, Soziales), selbst nieder.

Die Straßensozialarbeit soll im 2. Halbjahr 2024 einfach wegfallen, damit würden die Ausgaben um 25.000 € niedriger und die aufsuchende Sozialarbeit im Quartier soll auch um 40.000 € reduziert werden.

Die linke Ratsfraktion ist entsetzt, dass die gesamte Jugendarbeit, Inklusion, Integration und die Sportförderung, ebenso wie Armutsbekämpfungsinitiativen und Demokratiebeteiligungsprojekte Einbußen hinnehmen sollen.

„Den Einwohner*innen werden notwendige soziale Leistungen vorenthalten. Kombiniert wird das Ganze noch mit dem Abbau von Aufwendungen für Geflüchtete. Da brauchen wir uns nicht wundern, wenn die AfD weiter Zulauf bekommt“ erklärt dazu Inez Déjà, Fraktionsvorsitzende der linken Fraktion.

Das Dezernat 2 (Bauen und Ordnung) macht sich bei seinen Sparvorschlägen immerhin Sorgen und befürchtet Bürgerbeschwerden, wenn die Grünflächenpflege weniger intensiv ausfällt, schlägt aber anstandslos vor, den Sand auf Spielplätzen nicht mehr zu reinigen.

An diesem Beispiel sieht man aus Sicht von Marlies Burgdorf, dass Zahlen nicht alles sind: „pflegt man die Grünanlagen mit Verstand weniger intensiv, hat das sogar ökologische Vorteile. Reinigt man den Sand auf Kinderspielplätzen nicht, kann man diese auch gleich schließen.“

Weiter wird vorgeschlagen, bei den Kosten für die Konversion des Areals der britischen Streitkräfte und an dem Klimakonzept für die Wohngebäude zu sparen.

Auch für die Innenstadtentwicklung sollen Gelder gestrichen werden.

„Soll so zukunftsfähige Stadtentwicklung aussehen?“ fragt Marlies Burgdorf.

Anstatt sich die unabsehbaren Folgekosten für ein OWL Forum zu sparen, spart man an Kinder- und Jugendarbeit, Inklusion, Integration und Armutsbekämpfung. „Dadurch vergrößert man die soziale Spaltung“, meint Inez Déjà.

Angesichts der drohenden Haushaltssicherung fragt sich die Linksfraktion, wie immer noch von einem OWL-Forum geträumt und dafür ein Architekturwettbewerb für 1,7Mio.€ ausgeschrieben werden soll. Statt zusätzlicher Stellen für das Ordnungsamt (Kosten 447.500 € jährlich) zu schaffen, muss dringend in Sozial- und Jugendarbeit investiert werden, damit der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft nicht erodiert.

Eine Stadt sollte inhaltlich arbeiten.

Die Menschen und ihre privaten Haushalte sind stark belastet.

In Zeiten von Kriegen und Krisen, herrscht tiefe Unsicherheit über die zukünftige Aufrechterhaltung von Lebensstandards.

Muss die Stadtverwaltung da noch die Vergünstigungen für das H2O streichen? Sollte die inhaltliche Zielsetzung einer zukunftsgerichteten Lokalpolitik nicht eher der Ausgleich privater Belastungen durch öffentliche Gegenstrategien sein?

Öffentliche Daseinsvorsorge schafft materielle Sicherheit für alle.

Öffentliche Daseinsvorsorge beruht auf der Wiederherstellung und Ausweitung öffentlichen Eigentums und an dafür notwendigen Infrastrukturen.